

DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT MÜNSTER

An die Damen und Herren des Rates
An die Mitglieder der Bezirksvertretungen
An die sachkundigen Bürger/innen und Einwohner/innen
im Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen und im
Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien

30.06.2011

Verschiebung der Beratung der öffentlichen Beschlussvorlagen

Nr.: V/0289/2011 „Rückbau von öffentlichen Spielplätzen“ und

Nr.: V/0309/2011 „Extensivierung der Pflege von Rasen- und Wiesenflächen in öffentlichen Grünflächen“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ende Mai wurden die oben genannten Vorlagen von der Verwaltung in die politischen Beratungen gegeben. Diese Vorlagen wurden in konsequenter Umsetzung der vom Rat im Rahmen der Haushaltsberatungen 2011 beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen erstellt.

Mit der Vorlage V/0438/2010 hatte der Rat beschlossen, auch die Vorschläge Nummer 168 und 169, die jeweils mit einem gesamtstädtischen Konsolidierungsziel verbunden waren, umzusetzen. Diese sehen vor, dass ab 2012 im Spielplatzbereich gesamtstädtische Einsparungen durch den Rückbau von Spielplätzen in Höhe von 63.000 Euro (in 2011 32.000 Euro) und bei den Grünanlagen durch Pflegereduzierung eine gesamtstädtische Ersparnis von 100.000 Euro jährlich (in 2011 50.000 Euro) erzielt werden sollen. Diese Ansatzreduzierungen sind in den Haushalt 2011 bereits aufgenommen worden.

Nachdem nun die Beratungen in den politischen Gremien begonnen haben, zeigt sich sowohl an der Tatsache, dass die Vorlagen schon in einigen Bezirksvertretungen vertagt worden sind, als auch an der öffentlichen Diskussion, dass in den jeweiligen Angelegenheiten noch umfangreicherer Klärungs- und Diskussionsbedarf besteht.

Darüber hinaus teilt der Fraktionsgeschäftsführer der SPD-Fraktion mit Schreiben vom 28.06.2011 mit, dass nach Einschätzung der SPD-Fraktion der bisher gewählte Verfahrensweg nicht angemessen sei. Er bittet die Vorlage aus der Beratungskette zu nehmen und nach der Sommerpause zu beraten.

Dieser Bitte komme ich hiermit nach. Die Verwaltung wird sich kurzfristig mit den Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern über das weitere Beratungsverfahren in den Bezirksvertretungen abstimmen. Ich erlaube mir abschließend darauf hinzuweisen, dass bei

einer späteren Beschlussfassung über die Vorlagen sowohl die Wiesenflächen als auch die zu schließenden Spielplätze weiter unterhalten werden müssen, ohne das entsprechende Mittel vorhanden sind. Die Verwaltung ist bemüht dafür eine Lösung zu finden. Dies bedeutet aber, dass die beschlossene Einsparung in diesem Jahr nicht in voller Höhe erreicht werden kann.

Die finanzielle Hürde sollte aber auf keinen Fall eine intensive Beratung und eine möglichst einvernehmliche Beschlussfassung verhindern, da die zu treffenden Entscheidungen durchaus von grundsätzlicher Bedeutung für das zukünftige Aussehen der städtischen Grünanlagen sind.

Mit freundlichen Grüßen



Markus

Markus Lewe